

KERAMISCHER

VII/Nr. 27 BERLIN
2. Juni
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grönzel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND

FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Rettungsprogramm der Gewerkschaften

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam mit einer Anzahl Wissenschaftler zur Verhütung solcher Katastrophen, wie sie die jetzige Wirtschaftskrise darstellt, die nachfolgenden Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft aufgestellt:

Die ungeheure Krise macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampfe um die Ueberwindung der herrschenden Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerlässlich.

In der anzustrebenden planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich folgende Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik:

I. Konjunkturpolitik und Massenkaukraft

Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf.

1. Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massenkaukraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig.

2. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die 40-Stunden-Woche ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muß zur Zeit als das Höchstmaß der zulässigen Arbeitszeit gelten.

3. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereithalten. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einsatz in der Krise dem Absinken der Massenkaukraft entgegenwirkt.

II. Industrie und Handel

Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken.

1. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden.

2. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe, die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und des Metallgewinnung, die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.

3. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand überzuführen mit dem

Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.

4. Alle Kartelle und ähnliche Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anlage-, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festsetzung der Preise ständig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen.

5. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

III. Kredit- und Bankwesen

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen.

1. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals, sind zu verstaatlichen.

Als Uebergangsmaßnahme ist der kapitalmäßige Einfluß des Staates auf die Banken auszubauen. Alle Kapitalbeteiligungen öffentlicher Stellen bei Banken sind zur durchgreifenden Sicherung ihres Einflusses auf die Geschäftsführung zu benutzen.

2. Bereits in der Uebergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein zentrales Bankensamt zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und die Durchführung dieser Richtlinien überwacht.

3. Das Bankensamt muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

IV. Agrarpolitik

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land.

1. Jedem werktätigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeitsertrag ist abhängig von der Erhaltung und Erhöhung der Massenkaukraft. Daher müssen alle Maßnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz, auf die Kaukraft der städtischen Verbraucher Rücksicht nehmen.

2. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole sowie planmäßige Beeinflussung des Umfanges und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften zu verringern.

3. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, muß der Staat das Fachwissen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützen.

4. Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundeigentum ist in Gemeinbesitz zu überführen.

V. Außenhandelspolitik

Die Außenhandelspolitik, die gegenwärtig von privaten Industriellen und agrarischen Interessen beherrscht wird, ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschürfung vom Weltmarkt vorzubeugen.

1. Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands muß auf den Abbau der Handelshemmnisse gerichtet sein.

2. Deutschland muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederherstellung des internationalen Währungs- und Kreditzusammenhanges fördern.

3. Besonders muß der enge Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden.

4. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft wird an die Stelle der heutigen privaten Außenhandelsbeziehungen der staatlich organisierte internationale Gütertausch auf der Grundlage eines Außenhandelsmonopols treten.

VI. Aufbau der Planwirtschaft

Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Ansätze zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Im besonderen muß die einheitliche Führung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

1. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und deren Leitung ist eine zentrale Planstelle zu betrauen. Sie hat in engster Zusammenarbeit mit dem Bankensamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken.

2. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Bankensamt volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen.

3. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Ueberwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Berlin, 21. Juni 1932.

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gewerkschaften gegen die Notverordnung

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit übertreffen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die unter größten Opfern von den Arbeitnehmern aufgebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rücksichtslos der „Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen Neubelastungen sind vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren

Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutz des Besitzes bereit findet, verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieses sozialen Unrechts zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerlässliche Voraussetzung für die Gesundheit von Wirtschaft und Staat ist.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. — Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände. — Allgemeiner freier Angestelltenbund. — Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. — Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staats-Bediensteter.



Finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Notverordnung

I. Finanzielle Maßnahmen

Abgabe zur Arbeitslosenhilfe. Dieses Hauptstück des Finanzprogramms ist bereits in dem Abschnitt über die sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung besprochen worden. Hinzuzufügen ist, daß die Abgabe auch für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften gilt. Diese Gruppe zahlt durchgängig nur 1/2 v. H. ihres Bruttogehalts, da sie an Stelle der damaligen Krissionssteuer bereits eine ansehnliche Gehaltsenkung auf sich nehmen mußte.

Krisensteuer. Die vor einem Jahre eingeführte Krisenlohnsteuer, die bei einem Jahreseinkommen von über 1200 RM mit 1 v. H. einsetzte, fällt ab Ende Juni weg, da sie durch die weit schärfere „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ ersetzt wird. Die Krisensteuer für veranlagte Einkommen (Gewerbetreibende, freie Berufe, Rentner usw.), die mit 2/3 v. H. begann, wird bis Anfang 1933 verlängert. Mehraufkommen dieser Veranlagungssteuer etwa 45 Mill. RM.

Salzsteuer. Die auf Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1928 abgeschaffte Steuer wird ab 1. Juli wieder erhoben. Das Kilo wird mit 1 Pf. belastet. Das Aufkommen dieser verhältnismäßig krisenfesten Steuer wird auf 70 Mill. RM jährlich veranschlagt.

Umsatzsteuer. Die Befreiung des Kleinverbrauchs (unter 5000 RM Gesamtumsatz im Jahre), die durch Notverordnung vom Dezember 1930 erfolgt war, wird ab 1. Juli wieder aufgehoben. Dadurch wird die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen mehr als verdoppelt, den Steuerbehörden eine erhebliche Mehrarbeit auferlegt und der Preisstand gefährdet. Andererseits soll eine bessere Kontrolle der Steuerpflichtigen und ein jährliches Mehraufkommen von 120 bis 150 Mill. RM erzielt werden.

Aufbringungsumlage. Der Abbau der Industriebelastung, die im Dawes-Plan zur Sicherung der Reparationszahlungen eingeführt worden war, wird beschleunigt. Das Gesamtaufkommen für 1932 wird von 200 auf 100 Mill. RM herabgesetzt. Dementsprechend werden auch die Anteile der Nutznießer der Steuer halbiert. Es verbleiben also für den Reichshaushalt nur noch 40 Mill., für die Osthilfe nur 45, für gewerbliche Kredite nur 15 Mill. RM.

Bürgersteuer. Die Einführung der Steuer im August 1930 hatte den Zweck, die Steuerpolitik der Gemeinden zu beeinflussen. Den Gemeinden war eine Erhöhung der Realsteuern nur dann erlaubt, wenn gleichzeitig Bier- und Bürgersteuer erhoben wurden. Die Reichsregierung verzichtete zwar am 30. Juni auf den Zwang zur weiteren Erhebung dieser Steuer. Aber die Gemeinden werden wegen ihrer Finanzlage im allgemeinen wohl nicht mehr auf die Erhebung verzichten können.

II. Wirtschaftliche Maßnahmen

Arbeitsbeschaffung. Die Fachminister erhalten die nichtssagende „Ermächtigung“, zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und des freiwilligen Arbeitsdienstes Maßnahmen zu treffen. Eine gewisse Bedeutung hat nur die Vorschrift, die bei Arbeiten an Reichswasserstraßen die Einleitung des Enteignungsverfahrens beschleunigt und die Ermächtigung für Beihilfen zu Hausreparaturen.

Instandsetzung von Wohnungen. Die von den Gewerkschaften seit langem geforderte Vornahme von Hausreparaturen zur Belebung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe sucht die neue Notverordnung zu erleichtern durch Bestimmungen über Instandsetzung von Wohngebäuden und Teilung von Wohnungen. Der Reichsarbeitsminister wird hier ermächtigt, Zinszuschüsse für Darlehen, Einführung eines Instandsetzungszwanges von den Hausbesitzern zu verlangen, daß auch die von den Mietern gezahlten Reparaturgelder erfaßt und ihrer eigentlichen Zweckbestimmung zugeführt werden.

Pachtschutzordnung wird um zwei Jahre verlängert.

Gewerbliche Genossenschaften. Zur Sanierung gewerblicher Genossenschaften, die nur Geldgeschäfte (also keine Warenverteilung) betreiben, werden drei Jahre lang je 5 Mill. RM bereitgestellt.

Lohn- und Gehaltspfländung. In der Notverordnung über Rechtspflege usw. vom 14. Juni 1932 wird die Pfändungsgrenze von 195 auf 165 RM herabgesetzt. Kirchensteuern

(Notverordnung über Arbeitslosenhilfe usw. vom gleichen Tage) können unbegrenzt eingetrieben werden.

Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung. Hier ist eine Vereinfachung und Abkürzung des Verfahrens bei der Prüfung der Bausparkassen durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung vorgesehen. Bei einer vereinfachten Abwicklung brauchen die Bausparer, die noch kein Baudarlehen erhalten haben, keine Beiträge mehr zu zahlen. Baudarlehen werden aber auch nicht mehr gewährt. Die Rückzahlung der bisher gesparten Gelder erfolgt nach den vorhandenen flüssigen Mitteln. Untertagt das Reichsaufsichtsamt künftig einer Bausparkasse den Geschäftsbetrieb, so kann damit gleichzeitig die Auflösung der Kasse beschlossen werden. Zusagen von Bausparkassen gegenüber ihren Bausparern auf Auszahlung der Sparsummen zu einer bestimmten Zeit kann das Reichsaufsichtsamt für nichtig erklären.

Mit Hilfe dieser Bestimmungen dürfte die Prüfung der Bausparkassen rascher zu Ende geführt werden. Allerdings wird eine grobe Anzahl von Kassen wohl der Auflösung verfallen.

Ergänzung der Vorschriften über Mietkündigung und Zwangsvollstreckung. Die Dezember-Notverordnung sah im Hinblick auf die dort eingeräumte außerordentliche Kündigung langfristiger Verträge seitens der Mieter und Pächter einen Schutz des Vermieters und Pächters vor, falls die letzteren infolge der Kündigung ihre Verbindlichkeiten (Zinsen und Steuern) nicht erfüllen konnten. Die Schutzfrist läuft am 15. Juli d. J. ab. Wenn ihre Schuldner die Zinsen nicht zahlen, ist eine Vorschrift eingefügt worden, nach der der Gläubiger befreit sein soll, bei Nichtzahlung der nach dem 15. Juli 1932 fällig werdenden Zinsrate einen vereinbarten Zinszuschlag zu verlangen, jedoch nur bis zur Höhe 1/2 v. H. des Kapitals. Die einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung war in der Dezember-Notverordnung nur einmal innerhalb 6 Monaten zugelassen. Die einstweilige Einstellung kann künftig auf ein weiteres halbes Jahr erneut angeordnet werden. Für landwirtschaftliche Grundstücke ist im Interesse der Sicherstellung der Betriebsführung bis zur Ernte vorgesehen, daß die bei der Einstellung der Zwangsvollstreckung vorgesehene Zinsanlage für die Zeit bis zum 30. September 1932 unzulässig ist. Die Hausbesitzer werden sich über diesen ihnen zuteil werdenden Schutz nicht beklagen — trotzdem aber auch weiter die Beseitigung des Mieterschutzes fordern.

Sozialpolitische Maßnahmen

Zu den sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist noch die zur Unfallversicherung nachzutragen.

In der Notverordnung erfolgt eine generelle Kürzung aller Renten, und zwar für Unfälle aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis 31. Dezember 1931 um 15 v. H. Die Renten für die übrigen Unfälle erfahren eine Senkung von 7 1/2 v. H. Soweit Unfallrentner auf Gewährung einer Rente aus der Invaliden-, Angestellten- oder Knappschaftlichen Pensionsversicherung Anrecht hatten, die jetzt nach der Dezember-Notverordnung ruht, erfolgt keine nochmalige Kürzung der Unfallrenten.

Für die Postvorschüsse der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die in den letzten Monaten vielfach von diesen Versicherungsträgern nicht beglichen wurden, muß jetzt das Land, für dessen Gebiet die Berufsgenossenschaft errichtet ist, die Bürgschaft übernehmen.

Für Postvorschüsse zu Rentenzahlungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten nunmehr sämtliche Genossenschaften bis zur Hälfte der Vorschüsse als Gesamtschuldner.

Die Notverordnung trägt noch einer weiteren Forderung der Arbeitgeberverbände vom vorigen Jahre Rechnung. Die Reichsregierung wird ermächtigt, eine Verwaltungsgebühr bei der Einlegung eines Rechtsmittels im Verfahren vor den Versicherungsbehörden einzuführen. Dem Unfallverletzten, der um seine Rente kämpfen muß, wird dadurch eine neue Belastung auferlegt. Den Berufsgenossenschaften wird es in all diesen Fällen leichter sein, 5 oder 10 RM Verwaltungsgebühr für den einzelnen Fall aufzubringen als dem verunglückten Arbeiter.

Zur Frage der Einheitsfront

Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Gedanke der Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterschaft in den Betrieben lebhaft erörtert.

Der Vorstand des ADGB, ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht. In den anderthalb Jahrzehnten der Nachkriegszeit, seit dem Beginn der verhängnisvollen politischen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, waren die Profan-Gewerkschaften die Träger des Einheitsgedankens. In ihren Reihen war dieser Gedanke in den Grenzen des politisch Möglichen verwirklicht. Daß man sich von allen Seiten gerade an sie, insbesondere an den Vorstand des ADGB, wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verleumdenden Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Ver-

sammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich für bekannt, diesen Kampf heimmungslos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale:

„Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden“ zu gewähren, wie es die SPD- und ADGB-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern... Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden“ mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse.“

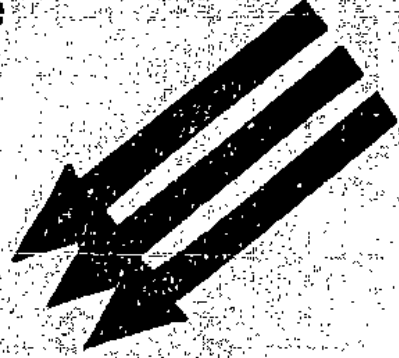
Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft von der höchsten Instanz der KPD, abgegeben worden. Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des ADGB für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.

Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgesonnen in entehrender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie während des Wahlkampfes ist die Mindestbedingung, die die Kommunistische Partei erfüllen muß, wenn der Vorstand des ADGB seinen Einfluß für die Bildung einer gemeinsamen politischen Abwehrfront in die Waagschale werfen soll. Es ist eine Forderung, auf die kein ehrlicher Befürworter der Einheitsfront verzichten kann.

Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. Sie müssen jedem, der dem Bruderkampf in ihren Reihen mit den bisherigen vorwerflichen Mitteln in Wort und Tat fortsetzt, unzweideutig klarmachen, daß er den Todfeinden der deutschen Arbeiterschaft den Weg zum Siege bahnt.

Die Eisenerne Front ruft, reißt Euch ein!

Diese drei Pfeile



sind ihr Abzeichen. Ihr Symbol.

Schließt die Reihen in der Eisernen Front!

Geht ein Freiheitsopfer für die Eisenerne Front!

60 Jahre Lederarbeiterverband

Zu den alten Verbänden gehört auch der Lederarbeiterverband. Sein Geburtsdatum ist der 2. August 1872, wie H. Mahler in seiner kleinen Jubiläumsschrift „60 Jahre Lederarbeiterverband“ berichtet. Das war eine Zeit, in der es nicht leicht war, gewerkschaftliche Arbeit zu leisten und Erfolge zu erringen. Aber die Arbeit wurde getan, keine Mühe und kein Verdruss geschaut. Mißling sie manchmal, wurde wieder von vorne angefangen und agitiert, bis die Ortsvereine Bestand hatten.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes war die Werbetätigkeit unter den Lederarbeitern von größerem Erfolg gekrönt und mit der Verschmelzung des Weißgerber-Verbandes und des Lohgerber-Verbandes am 1. Juli 1903, schreibt Mahler, trat eine gewisse Besserung in Hinsicht auf die Organisationsarbeit ein. Auch der Mitgliederstand hob sich, die organisatorische Entwicklung setzte ein. Im Jahre 1903 konnten 422 Mitglieder gezählt werden. Dann ging es weiter aufwärts. Kollegen wurden eingestellt, ehrenamtliche und besoldete Gauleiter und Ortsbeamte eingesetzt, der Verband wuchs. Im Jahre 1909 kamen die Handsehhmacher hinzu, so ging es aufwärts, zu Beginn des Jahres 1914 war die Zahl von 16481 Mitgliedern er-

reicht. Der Krieg brachte, wie überall, einen Rückschlag, aber nach Friedensschluß setzte die Aufwärtsbewegung von neuem ein. Das Jahr 1910 schloß schon mit einem Mitgliederbestand von 33312 ab, 1924 sind es 42880 und 1930 noch 34000. So geht das Auf und Nieder im gewerkschaftlichen Leben. Mit der Aufwärtsentwicklung wächst der Einfluß auf die Tarif- und Lohngestaltung, mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten geht es wieder ein Stückchen rückwärts, um dann bei eintretender Besserung wieder größer zu werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind eben mitbestimmend bei der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. Dafür ist die kurze Geschichtsdarstellung vom Lederarbeiterverband ein treffendes Beispiel. Was darin von der Solidarität und Opferwilligkeit seiner Mitglieder, von seinem Wirken für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und seinem sozialen Streben für die Arbeiterklasse insgesamt zum Ausdruck kommt, stellt ein gewerkschaftliches und soziales Werk von beachtenswerter Größe dar.

Wollen wir hoffen, daß der Lederarbeiterverband in den nächsten Jahrzehnten seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann.

10 Jahre Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

ADB, heißt Allgemeiner Deutscher Beamtenbund und stellt die freigewerkschaftliche Beamtenorganisation dar. Vor zehn Jahren wurde sie gegründet von Männern, die fortschrittlich, freiheitlich und sozialistisch gesonnen waren, die die sogenannte parteipolitische Neutralität der Beamtenverbände nicht mehr ertragen konnten und die bewußt mit der freigeorganierten Arbeiter- und Angestelltenschaft gemeinsam marschieren und kämpfen wollten. Die innere Ueberzeugung war es also, die zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes drängte und das Werk am 18. Juni 1922 in Leipzig zustande brachte. Das war nicht leicht, aber der Grundstein zum freigeorganierten Eigenleben wurde gelegt. Die Beamten reichten sich als Glied in die freigeorganierte Gewerkschaftsbewegung ein. Ihre organisatorische Pionierarbeit begann. Zehn Jahre Tätigkeit auf einem schwierigen Gebiet liegt nun hinter dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und ist nicht umsonst getan. Weltbewegende und großartige Erfolge konnte er freilich nicht erzielen, aber sein Wirken war eine Notwendigkeit und beste Zukunftsaufgabe; denn die Beamten lernen allmählich erkennen, daß ihr Schicksal mit dem der Arbeiter- und Angestellten verknüpft ist, daß sie auch vom Auf und Nieder der privatkapitalistischen Wirtschaft abhängig sind und daß sie am sozialen Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft aktiv beteiligt sein müssen.

Angestellten und Beamten in erfreulicher Weise zum Ausdruck kam.

Die „ADBZ“ (Allgemeine Deutsche Beamten-Zeitung) war anlässlich des Jubiläums am 18. Juni als Festnummer erschienen und brachte lesenswerte Aufsätze über die Entstehung und Tätigkeit des Bundes.

Die freigeorganierten Beamten haben noch eine harte und schwierige Arbeit vor sich, wir wünschen ihr weiteren Erfolg auch im zweiten Jahrzehnt.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund bezieht seine Zehnjährfeier mit einer Bundesversammlung in Berlin am 18. Juni in der der Vorsitzende Falkenberg und Reichstagsabgeordneter Dr. Völter Referate hielten. Die Beratungen werden in Entschließungen zusammengefaßt, in denen die Beamten aufgefordert werden, sich in die Einheitsfront aller Schaffenden einzureihen, und in denen gegen die Angriffe der Nationalsozialisten auf die Vereinigungsfreiheit der Polizeibeamten protestiert und die Beamten aufgerufen werden, gemeinsam mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft ihre Staatsbürgerrechte zu verteidigen. Am 19. Juni schloß sich noch eine gütbesuchte Festsitzung und Kundgebung im Saale des Preussischen Staatsrats mit Reden und Begrüßungen an, in denen die starke Verbundenheit der freigeorganierten Arbeiter,

angewandten Beamten in erfreulicher Weise zum Ausdruck kam.

Die „ADBZ“ (Allgemeine Deutsche Beamten-Zeitung) war anlässlich des Jubiläums am 18. Juni als Festnummer erschienen und brachte lesenswerte Aufsätze über die Entstehung und Tätigkeit des Bundes.

Die Sozialdemokraten konnten 172545 (168101) Stimmen aufbringen und 17 (13) Mandate erreichen. Die anderen Parteien erzielten: Nationalsozialisten 328303 (291183), die Demokraten 4925 (4613), das Zentrum 108603 (112444), die Kommunisten 82111 (106790), die SAP und Kom. Opposition 11697 (23108), Nationale Einheitsliste 25175 (47445), Landvolk — (20763), Liste Leuchtens 2079 (—), Deutschnationale 11267 (10837). Die eingeklammernten Ziffern sind die Stimmenzahlen der Wahl vom 15. November 1931. Die Wahlbeteiligung betrug 79,6 Prozent gegen 82,4 im November 1931, sie ist also geringer geworden.

Die Ziffern ergeben, daß vier Parteien zugenommen haben, von den Arbeiterparteien nur die Sozialdemokratische Partei. Den Kommunisten sind, wie fast bei allen letzten Wahlen die Wähler wieder scharenweise ausgerissen, aber zur Sozialdemokratie kam nur ein kleiner Teil. Die „revolutionäre Ungeduld“ trieb wieder kommunistische Mitläufer ins Nazilager. In den Städten scheint bei der Arbeiterschaft allmählich die Erkenntnis wieder Platz zu greifen, daß sie die Sozialdemokratische Partei zu unterstützen hat, so konnte im radikalen Offenbach die Stimmenzahl der Sozialdemokratie um mehr als 30 Prozent gesteigert werden.

Die Arbeitslosenunterstützungssätze nach der neuen Notverordnung

Wöchentliche Unterstützungssätze

Lohnklasse	in Höhe der Sonderklasse und der Ortssätze A			
	ohne	mit 2	mit 4	mit 6 oder mehr
IV				15,60
V	8,40	12,00	15,50	17,40
VI				19,20
VII	9,90	14,70	19,50	24,30
VIII				
IX				
X	11,70	17,10	22,50	27,90
XI				

Lohnklasse	Ortsklasse B bis E	mit mehr als 1000 Einw.
IV		14,40
V	7,20	10,80
VI		18,00
VII	3,60	12,00
VIII		15,60
IX		19,20
X	9,90	14,70
XI		24,30

Im Zeichen des Hakenkreuzes, dem Zeichen der Verelendung, setzte die Hitlerbronnregierung die obenangeführten neuen Unterstützungssätze in der neuen Notverordnung für Arbeitslose fest. Denkt daran am 31. Juli! Klärt die werktätige Bevölkerung darüber auf, was die Kürzsagen zu verdanken sind.

Lohnklasse	in Ortsklasse B bis E	mit 1000 Einw. u. weniger
IV		12,00
V	6,00	9,00
VI		12,00
VII	7,20	10,80
VIII		14,40
IX		18,00
X	8,40	12,00
XI		15,60



Glasiindustrie, Krise und Lohn

Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß wir uns in der schwersten weltkapitalistischen Krise befinden.

Die jetzige Krise muß fast den Gedanken aufkommen lassen, daß wir es mit einer „ewigen Depression“ zu tun haben. Es liegt dies daran, daß das Versagen bei den sogenannten „kapitalistischen“ Wirtschaftsführern in der Welt heute einwandfrei feststeht, aber anerkennen wollen sie das nicht. Unter der Weltkrise leidet besonders die deutsche Glasiindustrie schwer.

Wenn wir vom Leiden der eigenen Industrie sprechen, so wird davon, wie in den zurückliegenden Zeiten, die Arbeiterschaft jeweils am härtesten betroffen. Tagtäglich begegnen wir überall der Fragestellung: Besteht denn gar keine Hoffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse? Warum muß es in der Welt und in der eigenen Wirtschaft so sein trotz der Ausgestaltung der Industrie mit den besten technischen Mitteln und geschulten Arbeitskräften und trotz der fortgesetzten Erweiterung der Ernährungsbasis durch Abbringung des Letzten unserer Mutter Erde? Not und Elend schaut uns aus allen Ecken an. Ganze Orte mit einstmal blühender Glasiindustrie sind der kapitalistischen Wirtschaftsführung zum Opfer geworden. Sie liegen verödet da, und kein Mensch schaut in diesen Orten hoffnungsvoll in die Zukunft.

Es braucht nicht so zu sein, vor allen Dingen dann nicht, wenn die Arbeiterschaft durch Geschlossenheit in den zurückliegenden Jahren für ihre Zukunft vorgesorgt hätte. Es braucht nicht so zu sein, wenn die Menschen, vor allen Dingen die, die sich gern allein Wirtschafts- und Industrieführer nennen, erkennen würden, welche Mängel in ihrer Führung tatsächlich vorhanden sind; aber sachliche, planmäßige Arbeit in der Produktion, der Verteilung der Güter untereinander und in der Beurteilung und Anerkennung der Leistung des arbeitenden Menschen kennt der

Kapitalismus nur soweit, als eigene Profitinteressen dem nicht entgegenstehen. Einen Ausweg aus dieser Krise gibt es nur durch Neuorganisation der wirtschaftlichen Kräfte der Welt.

Wie die Bewertung und Anerkennung der Leistung der Arbeitnehmer in der Glasiindustrie erfolgt, und wie stark die Glasiindustriellen der sogenannten „Durchlungerungsparole“ der Schwerindustrie und der „Anpassung“ aller Faktoren (gemeint ist nur der Lohn des Arbeiters) an die Armut der Nation folgen, bewahrt der bekanntgewordene Geschäftsbericht des Syndikus des Verbandes Deutscher Glasiindustrieller, Herrn Dr. Schaller, für das Jahr 1931.

Deutlicher als die genannten Zahlen über Schrumpfung der Produktion, der Ausführung, vor allem aber der Einkommensverhältnisse der Glasiarbeiter kann wohl nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß es auch endlich für die Glasiindustrie Europas Zeit wird, andere wirtschaftliche Wege zu beschreiten wie die bisher verfolgte. Wege müssen eingeschlagen werden, die zum Erfolg für die Gesamtheit führen, und die aus dem konjunkturellen Dunkel einen Lichtblick für die Zukunft erkennen lassen.

Herr Dr. Schaller führte über die Lage der deutschen Glasiindustrie auf seiner Verhandlung aus, daß die Zahl der Beschäftigten gegenüber 1930 um 25 Proz. zurückgegangen sei. (Diese Zahl ist weit überholt.) Die Gesamtlohnsumme der deutschen Glasiindustrie habe einen Rückgang gegenüber 1930 um ein Drittel aufzuweisen. Die deutsche Glasiindustrie sei verarmt um 18,7 Proz. gesunken; mengenmäßig um 7 Prozent. Es sei allerdings auch die Konkurrenz nach Deutschland aus den Konkurrenzstaaten verarmt um 30 Proz. gesunken; mengenmäßig sogar um 38 Prozent.

(Schluß folgt.)

tarossen bei den Verhandlungen zu vertreten suchte. Die Gründung des Schleif- und Polierbesitzervereins Bayerns wird hoffentlich dazu beitragen, daß man unsere ernsthaften Bestrebungen, die Schleif- und Polierwerke über die schwere Zeit hinwegzubringen, stützt.

Leider konnte in Rede und Gegenrede eine Verständigung mit den Vertretern der Betriebsleitung der Bayerischen Spiegelglaswerke nicht gefunden werden, da sie mit formalrechtlichen Einwendungen allen Anträgen der Notgemeinschaft zu begegnen suchte.

Auf Grund einer ziemlich schroffen Erklärung des Herrn Rechtsanwalts Vogel als Vertreter der Firma „Bayerische Spiegelglaswerke“ haben wir die nachfolgende Gegenklärung abgegeben:

Erklärung.

Die Erklärung des Herrn Rechtsanwalts Vogel wird zur Kenntnis genommen. Dabei wird mit Bedauern festgestellt, daß der Gedanke der Notgemeinschaft keine Berücksichtigung gefunden hat. Sie kann deshalb keine Befriedigung auslösen.

Aus dem Bayerischen Wald

Von der Mutter Natur sind der Bayerische Wald und seine historischen Stätten besonders reich gesegnet worden. Dies führte auch dazu, daß hochqualifizierte Industrien ihr Domizil dort aufschlugen, um die Naturschätze der Menschheit dienstbar zu machen. Es war wohl nicht verwunderlich, daß auch die Glasiindustrie Betriebsstätten errichtete, da zur Herstellung der Glasproduktion, vor allen Dingen im alten handwerksmäßigen Verfahren, fast alles vorzufinden war.

Leider hat das letzte Jahrzehnt mit seiner Rationalisierung und Mechanisierung der Industrie im Bayerischen Wald, speziell aber der Glasiindustrie, die härtesten Wunden geschlagen. Selbst die besten Betriebe, die hochwertigen Blei- und Kelchglas herstellten, vegetieren nur noch. Die Arbeiterschaft hat im Erkennen dieser Verhältnisse alle physische und geistige Kräfte eingesetzt, um durch Intensivierung in der Arbeitsleistung und Herausstellen besonderer Qualitäten wettbewerbsfähig zu bleiben. Es muß auch anerkannt werden, daß die Industriellen bestrebt waren, durch Herausgeben neuer Muster, Veränderung in der Formgestaltung und in der Farbe des Glases, die Industrie lebensfähig zu erhalten. Leider sind trotz dieser gemeinsamen Bemühungen die Geschehnisse der jetzigen Zeit nicht spurlos für die Industrie und Arbeiter geblieben. Die Schlotte der Betriebe rauchen nur noch vereinzelt. Not und Sorge schaut aus allen Ecken. Was nützen dem Menschen die Naturschönheiten, wenn er vom Elend geplagt wird.

Können bei solchen Verhältnissen weitere Lohnherabsetzungen helfen? Dies war die Frage, die wir im Interesse der Arbeitnehmer der Glasiindustrie des Bayerischen Waldes am 20. d. M. den Industriellen in den Verhandlungen vorlegen mußten, zumal die Löhne um mindestens 30 Prozent durch Entscheidung der Schlichtungsstellen resp. der Vierten Notverordnung zurückliegend bestimmt worden sind, und die tarifvertraglichen Bestimmungen bezüglich Richtlohn nur noch in den seltensten Fällen vollkommen erfüllt werden.

Seit Jahren behaupten die Industriellen, insgesamt pro Werkstätte mehr an Lohn aufbringen zu müssen, als dies bei der Konkurrenz im Rheinland oder Schlesien zu geschehen hat. Man profitierte diese Stellungnahme damit, daß die prozentuale Beteiligung der Fachhilfsarbeiter am Werkstättenverdienst Verteuerung der Produktion bedeutet. Wir wollen ohne Zweifel

Um keine Möglichkeit ungenutzt zu lassen, soll versucht werden, die Erklärung von Rechtsanwalt Vogel zum Ausgangspunkt zu neuen Verhandlungen zu nehmen.

Diese Verhandlungen sollten unter möglicher Beschleunigung auch mit den übrigen beteiligten Fürther Firmen geführt werden, und zwar im Benehmen mit dem Verein der Schleif- und Polierwerke Bayerns unter Zustimmung von Arbeitnehmervertretern und den Vorsitzenden der heutigen Verhandlungen.

Wir wollen damit zu erkennen geben, daß wir zu weiteren abschließenden Verhandlungen bereit sind. Voraussetzung muß nach wie vor sein Festlegung eines gesunden Lieferungsvertrages mit entsprechendem Quadratmeterpreis und tarifvertraglicher Bezahlung des Schleifens und Polierens sowie anderer Arbeitsbedingungen, die die Existenz der Arbeiter sichern.

Inzwischen wird mit der bayerischen Regierung Fühlung genommen werden, damit die katastrophale Notlage in der bayerischen Oberpfalz nicht durch Lohn- und Arbeitskämpfe der Schleif- und Polierwerke noch verschärft wird. Die Regierung muß die moralische Verpflichtung haben, vermittelnd einzugreifen, gegebenenfalls auch materielle Hilfe den Schleif- und Polierwerken und ihren Arbeitern zur Umstellung gewährleisten.

Krebs.

anerkennen, daß durch das gesunde System der prozentualen Beteiligung der Fachhilfsarbeiter am Werkstättenverdienst in den Zeiten besserer Verdienstmöglichkeiten eine gewisse Verteuerung vorhanden gewesen sein mag. Sie ist aber und wird heute auch noch durch Mehrproduktion in den einzelnen Werkstätten bis zu 50 Prozent vollkommen ausgeglichen.

Nachdem die Verdienstmöglichkeiten der sogenannten Fertigmacher (Meister) um die Richtlohngrenze herum nur liegen, sind die Löhne der Fachhilfsarbeiter bei ihrer prozentualen Beteiligung, wie wir auch nachweisen konnten, heute teilweise geringer als die Löhne der Fachhilfsarbeiter der Weißhohlglasindustrie in anderen Gruppen, die im Wochen-, Schicht- oder Stundenlohn bezahlt werden. Es war uns aus diesem Grunde möglich, zu erklären, die prozentuale Beteiligung im Bayerischen Wald abzulösen durch Festlegung entsprechender Zeitlöhne aus vergleichbaren Gruppen.

Eine Einigung konnte leider nicht erzielt werden. Es ist nun damit zu rechnen, daß die Industrie zum nächst zulässigen Termin, dem 15. Juli, den Vertrag aufkündigt. Einen Erfolg bei eventuellen Schlichtungsverhandlungen dürften sie aber kaum haben, da wir mit dem gleichen Material als letzlich aufwarten werden. Die Arbeitnehmer im Bayerischen Wald können Lohnreduzierungen, gleichviel, bei welcher Kategorie sie einsetzen sollen, nicht mehr ertragen. Es wird sich auch keine Schlichtungsstelle, die Verantwortung hat, finden, die bei dem anerkannten bisherigen Entgegenkommen der Arbeitnehmer noch Lohnkürzungen sanktioniert. Von der Lohnseite her ist der Industrie im Bayerischen Wald, speziell aber der Glasiindustrie, Hilfe nicht mehr zu bringen. Die kann nur gebracht werden, wenn Reichseisenbahn und Regierung dafür sorgen, daß weitere fruchtliche Erleichterungen eintreten und daß bei handelspolitischen Abschlüssen Sorge getragen wird, daß die Hochschutzzollmauern gegenseitig niedergelassen werden, damit im freien Wettbewerb der Kräfte die bayerische Blei- und Kelchglasindustrie, vor allen Dingen nach Besetzung der Krise, unter Beachtung vorgenannter Faktoren, wieder am Weltmarkt führend wird.

Die Verhandlungen konnten als Ergebnis nur zeitigen, daß die Parteien den abgeschlossenen Reichsmanteltarifvertrag für die Weißhohlglasindustrie durch gegenseitige Unterzeichnung anerkannten.

M. Krebs.

Aus der Flachglasindustrie Bayerns

Nach dem Willen der Industriellen der Fürther Veredelungsindustrie sollten die Löhne der Beschäftigten in dieser Branche bekanntlich noch einmal um 10 bis 25 % abgebaut werden. Was fragen die Glasiindustriellen danach, wie es einem Arbeiter zumutbar ist, der schon infolge der Krise und der vorliegenden Kurzarbeit Woche für Woche mit einem Einkommen nach Hause geschickt wird, das selbst bei äußerster Beschränkung in der Familie nicht mehr zum Leben ausreicht. Der Lohn wird, wie in anderen Industrien, als einziger Faktor angesehen, bei dem noch Einsparungen zu machen seien.

Wir haben in den vorausgegangenen Besprechungen mit aller Deutlichkeit erklärt, daß wir jede Verhandlung, ja jede Diskussion ablehnen, wenn die Arbeitgeber auf ihren Vor schlägen beharren sollten.

Die gleichen Erklärungen haben wir bei den Schlichtungsverhandlungen, die am 16. d. M. stattgefunden haben, abgegeben, und zwar mit dem bestimmten Hinweis, daß wir bereit sind, den uns hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Die Forderungen der Industriellen können von uns nicht anders aufgefaßt werden, als daß man direkt auf einen offenen Streit hinarbeiten will.

Bei den Schlichtungsverhandlungen waren die Industriellen mit ihrem Syndikus auf Grund unsorer abgegebenen Erklärung doch schon etwas zurückhaltender gewesen. Der Syndikus erklärte, daß sie mit ihren früher bekanntgegebenen Forderungen in der Öffentlichkeit nur die äußerste prekäre Lage der Industrie beweisen wollen. Sie wollen Prozentsätze der Lohnherabsetzungen heute nicht nennen, hoffen aber auf Verständnis aller Beteiligten. Die Lage der Facettenindustrie Fürths habe sich deshalb so ungünstig gestaltet, weil die syndizierte Kristallspiegelglasindustrie Deutschlands mit ihren Veredelungsstätten immer mehr und mehr dem In- und Auslandsmarkt beherrscht und durch entsprechende Preisangebote und Verpflichtungserklärungen den Handel vollkommen abhängig mache.

Von den Vertretern der Arbeitnehmer ist den Darstellungen des Syndikus gegenübergestellt worden, daß die Industrie im eigenen Interesse allerdings mehr Wert auf die Öffentlichkeit legen müßte. Würde sie dies beachten haben, dann wären Lohnabbauforderungen bis zu 25 % wohl nicht erst in Erscheinung getreten. Erfährt die Öffentlichkeit und der interessierte Handel von solchen geplanten Maßnahmen, dann wird in Erwartung evtl. eintretender Verbilligung der Produktion mit dem Ankauf der Artikel aus der Veredelungsindustrie erst recht zurückgehalten. Die Schrumpfung der Kaufkraft, die geradezu für die Glasiindustrie sich verhängnisvoll auswirkt, zeigt insbesondere für Teile der Luxusindustrie, zu der die Veredelungsindustrie gehört, doppelt ihre Schattenseiten.

Nach ergebnislosen Parteiverhandlungen und stundenlangen Beratungen in der Schlichterkammer wurde ein Spruch gefällt, der die Anträge der Industriellen vollkommen abwies. Nur bei der sogenannten Galanterieware kann bei zwei Altersstufen weiblicher Arbeitnehmer eine Ermäßigung der Löhne eintreten.

Am 17. d. M. fanden für die Schleif- und Polierwerke Bayerns unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Nürnberg Verhandlungen über Neuabschluss der Verträge statt. Die Schleif- und Polierwerksbesitzer Bayerns sind mit ihren Arbeitern hauptsächlich abhängig von der Fürther Firma „Bayerische Spiegelglaswerke Fürth“. Diese Firma ist als einziger

dazu übergegangen, die ehemalige handarbeitende Spiegelglasindustrie abzulösen durch Herstellung der dreiviertelweißen, Kristallspiegelgläser im Gußverfahren. Die Rohglaslieferung erfolgt früher an Werke, die im Pachtverhältnis zur Fürther Veredelungsindustrie gestanden haben. Unter Ausnutzung ihrer monopolistischen Vormacht ist die Firma „Bayerische Spiegelglaswerke“ dazu übergegangen, die Pachtverträge durch sogenannte „Lieferungsverträge“ zu ersetzen. Bei den Lieferungsverträgen müssen die Schleif- und Polierwerksbesitzer mit ihren Arbeitern das gesamte Risiko übernehmen. Der Veredelungspreis pro Quadratmeter ist im Lieferungsvertrag in der letzten Zeit unter Ausnutzung der Notlage so festgelegt worden, daß der tarifvertraglich vorgesehene Lohn nicht nur gefährdet war, sondern daß auch die Werke keinerlei Mittel für notwendige Reparaturen usw. übrig hatten, sie vor dem Ruin stehen. Millionen Werte stehen auf dem Spiele und sollen den Stärkeren geopfert werden.

Grundsatz bei den Verhandlungen mußte sein, daß vor Festlegung der neuen Lohnsätze der Veredelungspreis pro Quadratmeter in den Lieferungsverträgen fest verankert wird.

In Anbetracht der Erkenntnis, daß die Schleif- und Polierwerksbesitzer ebenso ausgebeutet sind wie die Arbeiter, ist zwischen ihnen und der Arbeiterschaft eine Notgemeinschaft gebildet worden, die gemeinsam ihre In-



Unterschiedliche Beschäftigungslage in der bayerischen Porzellanindustrie

Die Beschäftigungslage hat sich auch in der Porzellanindustrie in Bayern gegenüber 1929 außerordentlich verschlechtert. Im April 1929 wurden noch 25.136 Beschäftigte gezählt, im gleichen Monat 1930 21.459, 1931 19.822 und 1932 16.866. Das ist ein Rückgang der Beschäftigten seit 1929 um 8570, gleich 33,7 v. H. Wenn man schon 1931 glaubte, das schlimmste Krisenjahr seit Kriegsende zu erleben, so mußte 1932 eine weitere Verminderung der Beschäftigten um knapp 15 v. H. registriert werden.

Von dem Rückgang der Belegschaftszahlen werden die Betriebe sehr uneinheitlich getroffen. Während ein Teil der Fabriken sehr scharf eingeschränkt, ein anderer Teil seine Pforten ganz schließen mußte, sind auch Betriebe zu verzeichnen, die sich stabil halten, ja sogar an Beschäftigten zunehmen konnten. Stillgelegt wurden in den letzten Jahren 23 Betriebe, davon allein 23 in den Jahren 1931/32. Leider muß gesagt werden, daß in naher Zukunft weitere Stilllegungen und Betriebs Einschränkungen erwartet werden müssen. Am schärfsten haben unter den Einwirkungen der Krise die Qualitätsbetriebe zu leiden. Rosenthal, L. Hutschenreuther, Heinrich, alles Betriebe der höchsten Verkaufsklasse, mußten die größten Einschränkungen vornehmen. Nächste diesen Werken sind die Betriebe mittlerer Verkaufsklasse stärker betroffen. Am besten schneiden die Firmen ab, die in der Hauptsache Stapelware erzeugen.

An dieser Entwicklung ist nicht allein die Weltwirtschaftskrise schuld. Selbstverständlich ist auch die feinkeramische Industrie

von ihr sehr hart betroffen. Im Inland wie in allen Abnehmerländern ist die Kaufkraft scharf zurückgegangen. Den stärksten Stoß hat die Erzeugungsmöglichkeit in der feinkeramischen Industrie aber durch die agrarisch orientierte Zollpolitik der Reichsregierung erhalten. Schon die Regierung Brüning hatte auf Veranlassung des Landwirtschaftsministers Schiele die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte durch übersteigerte Hochschutzzölle stark gedrosselt und Gegenmaßnahmen der Länder, die vornehmlich agrarische Produkte nach Deutschland einführen, ausgelöst. Die bisherigen Taten der neuen Regierung Papen-Schleicher beweisen, daß von ihr eine verstärkte Zollpolitik im Interesse der Landwirtschaft erwartet werden muß. Alles was die Einfuhrländer dagegen tun, wirkt sich gegen die deutsche Fertigwarenindustrie, von der die feinkeramische Industrie ein wichtiger Teil ist, sehr produktionshemmend aus und schafft zusätzliche Arbeitslosigkeit. Aber das scheint die Unternehmer der feinkeramischen Industrie wenig zu kümmern, sonst würde nicht ein Teil von ihnen die unsinnigen Autarkiebestrebungen der von den nationalsozialistischen Katastrophopolitikern gestützten Baronsregierung durch Mitläuferlei unterstützen. Das ist nun mal so. Wenn es gegen die Arbeiter geht, machen manche Unternehmer in ihrem blinden Haß alles mit, und wenn sie und ihre Betriebe dabei zugrunde gehen.

Vor einiger Zeit ist in diesem Blatt die Ausfuhrentwicklung der letzten Jahre eingehend geschildert worden. Alles was damals

gesagt wurde, trifft auch für Nordbayern zu und wird durch die Entwicklung der Beschäftigung bestätigt. Ganz schlecht ist die elektrotechnische und die Zierwarenindustrie beschäftigt. Die Qualitätsgeschirrinindustrie hat mittels starken Lohndrucks ihre Verkaufspreise den billigeren Verkaufsklassen anzupassen versucht. (Davon merkt man in den Geschäften wenig. D. Red.) Diese Maßnahmen haben den Rückgang der Erzeugung nicht hindern können. Es ist eben durch die verfehlte Wirtschafts- und Lohnpolitik der kapitalistisch eingestellten Regierungen kein Geld unter den breiten Abnehmerschichten, obwohl der Bedarf vorhanden ist.

Sieben Betriebe haben trotz der alles zermalmenden Krise erfreulicherweise eine Vermehrung der Belegschaftszahlen aufzuweisen. Es sind das die Fabriken:

1. Gebr. Winterling, Porzellanfabrik in Schwarzenbach:
 - 1929 = 499 Arbeiter
 - 1932 = 609 Arbeiter.
2. Gebr. Winterling, Porzellanfabrik in Kirchenhamitz:
 - 1929 = 376 Arbeiter
 - 1932 = 390 Arbeiter.
3. Gebr. Winterling, Porzellanfabrik in Marktlothen:
 - 1929 = 345 Arbeiter
 - 1932 = 448 Arbeiter.
4. Kahla A.-G., Porzellanfabrik in A.-G.:
 - 1929 = 600 Arbeiter
 - 1932 = 688 Arbeiter.

5. Zeh, Schorzer & Co., Porzellanfabrik in Limbach
 Rohau: 1929 = 512 Arbeiter
 1932 = 638 Arbeiter.

6. Retsch & Cie., Porzellanfabrik in Wunsiedel:
 1929 = 220 Arbeiter
 1930 = 287 Arbeiter.

7. Krohnester & Co., Porzellanfabrik in Martinlamitz:
 1929 = 88 Arbeiter
 1932 = 144 Arbeiter.

Fünf Betriebe haben im Vergleich zu 1929 ihre Belegschaftszahlen halten können; die Betriebe Gobr. Winterling in Windschöschbach, Gobr. Winterling in Rößlau, Lithographische Kunstanstalt der Gobr. Winterling in Rohau, O. M. Hutschelröthler in Arzberg und die Steingutfabrik Carstens in Hirschau. Bezeichnenderweise sind das fast alles Fabriken, die Stapelware der niedrigsten Verkaufsklasse erzeugen. Der geschwächte Goldbeutel erlaubt nur noch die billigsten Waren zu erstellen. Die Preisgestaltung der Stapelware gestattet auch noch da und dort ein Übersteigen der Zollmauern. Wie lang noch, wenn sich nicht endlich die wirtschaftliche Einsicht Bahn bricht?

Zu allem anderen kommt noch ab 10. Juni das Inkrafttreten der Verordnung über Zugaben und Werbeklame. Wenn es auch gelungen ist, diesem Antrag der Mittelstandsvortreter die schlimmsten Giftzähne auszubrechen, so hat die Verordnung doch Unruhe und Unsicherheit in die Erzeuger- und Verbraucherkreise gebracht, die sich letzten Endes in weiterer Arbeitslosigkeit auswirken.

Das Verhältnis der beschäftigten Männer zu den beschäftigten Frauen hat sich weiter zugunsten der ersteren verschoben. Nach 1930 waren 52,6 v. H. Männer neben 47,4 v. H. Frauen beschäftigt. Jetzt ist das Verhältnis 49 zu 51. Die Krise hat zunehmend Männer aus dem Arbeitsprozess geworfen und damit den Firmen weitere Lohnerleichterungen gebracht. Alle in den letzten Jahren von den Unternehmern unter Druck auf die Belegschaften erzwungenen Lohnerleichterungen, bei den Tarifverhandlungen und durch die Notverordnung eingetretenen Lohnsenkungen haben die erwartete Belegung der Industrie nicht gebracht. Im Gegenteil, die Voraussetzungen der Arbeitnehmer, daß der erzwungene Lohnabbau Verminderung der Kaufkraft im Inland, verstärkte Zollabwahr durch das Ausland und durch steigende Arbeitslosigkeit weitere Absatzschrumpfung nach sich ziehen würde, sind eingetroffen. Diese unbestreitbare Feststellung wird aber die Unternehmer im Verein mit der Regierung auch nicht abhalten, das Heil der Wirtschaft im weiteren Druck auf die Löhne und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu suchen. Sie werden damit erst aufhören, wenn ihre Absichten am geschlossenen Willen der Arbeiter zerschellen. Damit dieser Augenblick bald eintreten möge, müssen die Arbeiter auch in dieser Zeit der größten Krise ihre einzige Waffe, die gewerkschaftliche Organisation, blank halten, um sie jederzeit gebrauchen zu können.

Breslau

Die Steingutwerke A.G. Breslau errechnen für den Abschluß des Jahres 1931 mit 305.115 RM Abschreibungen und Bildung eines Delkrederfonds von 45.345 RM einen Verlust von 433.410 RM, der sich aber mittels vorgetragenen Gewinns aus dem Vorjahr auf 285.540 RM vermindert. Zur teilweisen Deckung des Verlustes wird vorgeschlagen, den gesetzlichen Reservefonds aufzulösen und den verbleibenden Verlust von 242.540 RM vorzutragen. Nach dem Bericht der Gesellschaft, die ausschließlich sanitäre Anlagen herstellt, traten neben der ungünstigen Wirtschaftslage und der vollständigen Drosselung der öffentlichen und privaten Bautätigkeit im Inland auch im Ausland ähnliche den Absatz hemmende Erscheinungen auf, so daß die gesamte deutsche sanitäre Spülwarenindustrie unter Auftragsmangel und Abgleiten der Preise litt. Dem Werk war es nur allmählich möglich, die Unkosten der Produktion einzuschränken anzugleichen. Daneben waren erhebliche Abschreibungen besonders auf die Beteiligung an der Steinzeug-Werk G. m. b. H. in Bunzlau erforderlich, da diese Gesellschaft ihr Kapital von 450.000 RM auf 90.000 RM herabsetzten wird. Die Geschäftslage habe sich auch nach Ablauf des Berichtsjahres nicht verbessert, wohl sei zu Beginn des Frühjahres leichte Belebung eingetreten.

Amberg

Die Ambergener Steingutfabrik A.G. in Amberg weist in dem von der G.V. bereits genehmigten Abschluß für das am 30. Juni 1931 beendete Geschäftsjahr das A.K. mit (alles in Mill. RM) 1.307 (2.911) aus. Die Zusammenlegung der 300 Stammaktien — über 0,29 von der Firma Carl Untucht & Co. übernommenen Aktien — im, wie mitgeteilt Verhältnis 3:1 existierende Bestand von 1.731 wird verwendet auf 0,571 zu Abschreibungen auf Vermögensgegenstände, mit 0,619 zur Deckung des Vorjahresverlustes und mit 0,111 zur Einstellung in den gesetzlichen Reservefonds, der dann 10 Proz. des A.K. beträgt. In der Bilanz verminderten sich Kredite auf 0,220 (0,782) infolge Verzicht der Firma Carl Untucht & Co. auf Forderungen in Höhe von 0,448, Bankschulden betragen 0,751 (0,252), Akzente 0,092 (0,208), andere Zinsen 0,229 (0,815) Debitoren, 0,238 (0,331) Vorräte, 0,083 (0,116) Kohles und Materialien. Anlagen stehen mit 1,515 (2,386) zu Buche.

Die Porzellanfabrik Limbach A.-G., die schon im vorigen Jahre ihren Verlust von 37.474 RM auf 21.624 RM vermindern konnte, schließt 1931 nach völliger Tilgung des Verlustvortrags mit einem Reingewinn von 6207 RM ab. Der zum 27. Juni einberufenen o. G.V. wird vorgeschlagen, 5 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien zu verteilen, 2000 RM der Reserve zu überweisen und 457 RM auf neue Rechnung vorzutragen. In der Porzellanindustrie waren also 1931 noch Gewinn möglich. Das ist immerhin beachtenswert.

Oberfranken

Wie schädlich der Industrie die Bestrebungen der Landwirtschaft auf Unabhängigmachen vom Ausland sind, stellte der Präsident der Industrie- und Handelskammer Oberfranken in Bayreuth fest. Er wies darauf hin, daß in Oberfranken mit seiner hochentwickelten Exportindustrie etwa ein Viertel der Arbeiterschaft, d. h. 80.000 Menschen durch Autarkie zu ständiger Arbeitslosigkeit verurteilt wären. Da in Oberfranken besonders die Porzellanindustrie dominiert, würden deren Arbeiterschaft hart betroffen.



Des Ziegeleibesetzers Sorgen und Hoffnung

Wenn man irgendeine Fachzeitschrift der Ziegelindustrie zur Hand nimmt, so kann man immer über die Sorgen und Nöte der Ziegeleibesitzer etwas lesen. Wirtschaftsschrumpfung, Kaufkraftschwäche, Preisrückgang, das sind die Hauptbegriffe, die man dann in der Wirtschaft im allgemeinen gesunde und bessere Verhältnisse herbeigeführt würden. Und dann die Schlussfolgerung, so kann es nicht weiter gehen, es muß anders werden, wir dürfen den Mut nicht verlieren, wir müssen Aufbauarbeit leisten.

Ganz unsere Meinung. Nur kann es nicht so gehen, wie es praktisch die Ziegeleibesitzer machen. Die Ziegeleibesitzer scheinen noch immer nicht begriffen zu haben, wodurch denn eigentlich die Wirtschaftsschrumpfung entsteht, doch nur, weil eben keine genügende Kaufkraft vorhanden ist. Und warum ist keine genügende Kaufkraft vorhanden, doch nur deshalb, weil die Ziegeleibesitzer in Gemeinschaft mit allen anderen deutschen Arbeitgebern die Kaufkraft durch Lohnabbau möglichst tief nach unten gedrückt haben. Auch wir sind der Auffassung, daß es so auf die Dauer nicht weiter gehen kann, das es anders werden muß, aber sicher nicht auf dem Wege, wie ihn die Arbeitgeber und auch die Ziegeleibesitzer beschritten haben. Oder glaubt das deutsche Unternehmertum, daß, wenn die Hitler-Partei von ihnen mit Millionenbeträgen unterstützt wird, Hitler in der Lage sei, allen Menschen das zu geben, was er ihnen versprochen hat. Wir glauben allerdings, daß schon die Unternehmer zu sehen werden, daß sie bei einer Diktatur durch Hitler nicht zu kurz kommen, daß aber die gesamte deutsche Arbeiterschaft die Leidtragenden sein werden. „Wir dürfen den Mut nicht verlieren, wir müssen Aufbauarbeit leisten.“ Jawohl einverstanden. Aber dann darf man es nicht so machen, wie jener Rößläufer, der das Pferd am Schwanz aufzäumte. Die Ziegeleibesitzer machen es nämlich so, durch die dauernde Reduzierung der Zieglerlöhne sägen sie sich den Ast ab, auf dem sie selbst sitzen, und dann wollen sie Aufbauarbeit leisten. Wenn man so etwas liest, dann sollte man bald glauben, die ganzen Ziegeleibesitzer seien alle Eulenspiegel geworden, der machte auch immer gerade das Gegenteil vom Richtigen.

Ein wirkliches Wirtschaftsprogramm, das geeignet ist, uns aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten heraus zu führen, ist von ihnen noch nicht veröffentlicht worden, was bis jetzt veröffentlicht worden ist, war nur geeignet, uns immer mehr und immer tiefer ins Elend hinein zu bringen. Daß das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften bei ihnen keine Gegenliebe finden würde, war vorauszusetzen. Sind doch eine kurze Arbeitszeit, also die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche sowie die Tarifverträge und die Sozialversicherung ihnen stets ein Dorn im Auge gewesen. Wir brauchen uns deshalb nicht weiter wundern, wenn wir in Nr. 19 der Zeitschrift „Deutsche Ziegelzeitung“ folgendes lesen:

„Wenn man bei der Arbeitslosigkeit mit der schmerzhaften Verordnung der 40-Stunden-Woche gekämpft will, so wird auch die staatlichen Eingriffe in die freie Wirtschaft nur vermehren, ohne auf die Dauer eine Linderung des Arbeitsmarktes zu bringen. Recht beachtlich — so ist deshalb auch ein Kundengehen des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie in diesen Tagen in Betracht zu ziehen. Mit Recht wurde dort gesagt, daß durch die Ausweitung staatswirtschaftlicher Beteiligung, Aufrechterhaltung der reglementierenden Wirtschafts- und sozialrechtlichen Einengungen und Hemmungen, Eingriffe in privates Vertragsrecht und desgleichen die Wirtschaft sich nicht beleben, die Ertragsfähigkeit der volkswirtschaftlichen Arbeit sich nicht heben, das Mißtrauen der Wirtschaft gegen den Staat sich nicht überwinden läßt.“

Ja, daß die private Wirtschaft es nicht gern sieht, daß der Staat sich in ihre Verhältnisse mischt, haben wir schon immer gewußt, andererseits wissen wir aber auch, daß der Vater Staat gut genug dafür ist, daß er der deutschen Wirtschaft, Großunternehmungen, Großlandwirtschaft, Großbanken Millionenbeträge zur Verfügung stellt, um als vor-

Tettau

Die Porzellanfabrik Tettau, die für 1930 noch 8 Prozent Dividende verteilen konnte, wird für 1931 eine geringere Dividende auswerfen können.

Kattowitz-Bogutschütz

Die Porzellanfabrik Giosche in Kattowitz-Bogutschütz, die hauptsächlich Elektroporzellan herstellt, wird am 1. Juli wegen Auftragsmangel ihren Betrieb stilllegen.

Credlitz

Die Porzellanfabrik Credlitz A.-G., Credlitz-Coburg, führen ihren Verlust von 44.889 RM für 1931 auf den Sturz der englischen Währung zurück.

Oesterreich

Die Steingutfabrik von Richard Lichtentorn & Co. in Wilhelmsburg (Niederösterreich) wurde unter Beteiligung des Dresdener Bankhauses Arnold in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 Mill. S umgewandelt. — Der österreichische Bedarf an Steingutwaren wird bisher zu einem großen Teil

aus Deutschland und der Tschechoslowakei gedeckt, die 1931 für 1 Mill. bzw. 700.000 S lieferten. Die Steingutausfuhr geht nach den Südstaaten und ist gering.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten Nordamerikas machen sich Bestrebungen bemerkbar, die einen stärkeren Zollschutz für Porzellan verlangen. Die japanische Konkurrenz soll die Ursache zu dem Vorlangen geben. Japan hat den Goldstandard für seine Währung aufgegeben und soll nun hochwertiges Tafelgeschirr in den Vereinigten Staaten anbieten zu Preisen, mit denen die amerikanischen Hersteller nicht mehr konkurrieren können. Die nordamerikanischen Wünsche nach höheren Zöllen für Porzellan — auch für Glas werden sie gefordert — fügen sich in den allgemeinen Rahmen der Zollschutzpläne vieler Staaten. Die Weltwirtschaft wird zertrümmert, und Nationalwirtschaften sollen erleichtert werden. Auf diese Weise kann nichts Gutes herauskommen. Wir sind gespannt, was in dieser Denkschrift über die Notlage der Porzellangeschirerindustrie alles zu lesen sein wird. Hoffentlich haben die Fabrikanten nicht überschoren, daß zur Industrie auch die Arbeiter gehören.

der Mitbestimmung und Gesundheit des Roadkraftmarktes.

2. Reform des Tarif- und Schlichtungswesens unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeitsklärung zur Herbeiführung einer individuellen Lohngestaltung.

3. Anpassung der Anforderungen der Sozialversicherung an die geminderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zwecks Sicherung des Bestandes der Sozialversicherung ausschließlich durchgreifende Verwaltungsvereinfachungen und Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsfürsorge.

4. Ordnung der öffentlichen Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden durch eine Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Steuern und Wirtschaft, die die Mindestanfordernisse individualistischer Wirtschaft berücksichtigt.

So sehen die Forderungen der Ziegeleibesitzer aus. Wir wollen davon Abstand nehmen, die einzelnen Forderungen einer Kritik zu unterziehen, sie sind so, das ein jeder Ziegler schon versteht, wie es um die Ziegler aussieht, wenn diese Forderungen in Erfüllung gehen würden. Darum gilt es zu werben und die Mitgliederzahl des Kreisverbandes, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter, zu vermehren.

Konrad Polthast, Detmold.

Der Deutsche Zement-Außenhandel im Jahre 1931

Der Außenhandel in Zement gehörte von jeher zu den aktiven Handelszweigen und warf immer einen erheblichen Ausfuhrüberschuß ab. Im Jahre 1930 betrug der Exportgewinn 25,85 Millionen RM, im letzten Jahre waren es 13,81 Millionen RM. Der Rückgang des Ausfuhrüberschusses wurde — wie bei den meisten Industrierwaren — in erster Linie durch das Sinken der Ausfuhr hervorgerufen und wurde nur verhältnismäßig sehr wenig durch das Sinken der Einfuhr gemildert. Deutschlands Zement-Export sank von 31,18 Millionen RM im Jahre 1930 auf 17,02 Millionen RM im vorangegangenen Jahre. Die Einfuhr dagegen reduzierte sich von 5,33 Millionen RM im Jahre 1930 auf 3,19 Millionen RM.

Die Minderung des Gesamtwertes der deutschen Ausfuhr ist in der Hauptsache auf die mengenmäßige Schrumpfung des Absatzes im Ausland zurückzuführen, die gegenüber 1930 nicht weniger als rund 40 Proz. betrug. In zweiter Linie erst ist der allgemeine Preisabbau für das starke Sinken des Gesamtwertes der deutschen Ausfuhr maßgebend gewesen. Um rund 10 Proz. ist der Wert pro Gewichtseinheit gegenüber 1930 zurückgegangen. Die Tatsache, daß der mengenmäßige Rückgang den wertmäßigen um rund 80 Proz. übertraf, steht nicht nur in bezug auf die Höhe im Gegensatz zu den meisten Industrierwaren; denn im allgemeinen ist bei diesen das Umgekehrte festzustellen, nämlich ein stärkeres Sinken der Durchschnittswerte und ein weniger großes der Mengen. Diese daher auffällige Erscheinung wird zum großen Teil erklärt durch die Verwendungszwecke von Zement. Der besonders stillliegende Baumarkt dürfte in erheblichem Maße dazu beigetragen haben, ebenso der verhältnismäßig geringe Verbrauch von Zement für Straßenzwecke, da ja nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen für den deutschen Zement wichtigen ausländischen Staaten die allgemeine Krise den Ausbau und die technische Anpassung der Straßennetze an den modernen Verkehr verhinderte. Es dürften auch zum Teil besonders hinderliche Einfuhr-Hemmungen seitens der ausländischen Bezahler für den enormen Rückgang der Ausfuhrmengen verantwortlich zu machen sein und schließlich auch vereinzelt Aufnahmen der Zementproduktion in größerem Umfang bei bisherigen recht guten Kunden Deutschlands. Alle diese Gründe betreffen aber mehr die mengenmäßige Schrumpfung allein. Daß der Durchschnittswert der deutschen Ausfuhr wesentlich weniger sank, dürfte zum erheblichen Teil darauf zurückzuführen sein, daß die deutsche Zementproduktion im Jahre 1930 verhältnismäßig nahe an das Verdienstminimum, ja sogar an das Existenzminimum, herankommen war und daß dadurch die Werte nicht so heruntersetzt werden konnten, wie es im Interesse einer möglichst umfangreichen Pro-

duktion und damit der Arbeitsplatz-Erhaltung gelegen hätte. Auch Qualitätsverschiebungen der Ausfuhr des Jahres 1930 gegenüber dem Jahre 1931 dürften bei der verhältnismäßig geringen Senkung des Durchschnittswertes mitgespielt haben, denn zwischen den Portland-Fabrikmarken und der teuren Syndikats-Einheitsmarke klappt eine erhebliche Preisdifferenz, so daß bei größerem Anteil der letzteren Ausfuhr die Werte wesentlich weniger sinken können, als es eigentlich der Fall sein müßte. Wie dem auch sei, als Tatsache muß für die Ausfuhr des Jahres 1931 gegenüber dem vorjährigen Export festgestellt werden, daß die 10prozentige Herabsetzung des Durchschnittswertes nicht genügt hat, um den mengenmäßigen Absatz des Jahres 1930 zu halten und daß sicherlich diese verhältnismäßig geringe Wertabnahme — bei verschiedenen anderen Industrierwaren genügt sie übrigens um die Ausfuhrmengen des Jahres 1930 annähernd zu halten, bei den Lebensmitteln dagegen reicht eine 10prozentige Wertminderung noch lange nicht — dazu beigetragen hat, daß die mengenmäßige Schrumpfung so stark war.

Bei der Einfuhr steht eine noch geringere Abnahme des Durchschnittswertes pro Gewichtseinheit — nämlich nur 2,5 Prozent gegenüber dem entsprechenden Durchschnitt des Jahres 1930 — einer mengenmäßigen Schrumpfung um rund 39 Prozent gegenüber. Es sind also praktisch die gleichen Erscheinungen festzustellen, wie bei der Ausfuhr und die für diese angeführten Tatsachen gelten auch zum größten Teil für unseren Import. Gebrühen steht bei der Zement-Einfuhr die Entwicklung des Durchschnittswertes gegenüber 1930 im Gegensatz zu derjenigen bei den meisten anderen Industrierwaren. Bei ihnen pflegte der Durchschnittswert trotz der Preisrückgang im Jahre 1931 im allgemeinen höher zu sein als derjenige des Jahres 1930, weil qualitative Verbesserungen der Einfuhr die Preisnachteile ausglich. Beim Zement-Import dagegen sanken die Durchschnittswerte.

Die Gesamteinfuhr in Höhe von 8.187 Millionen RM kam im Jahre 1931 zu 1.769 Millionen RM aus Westeuropa (davon aus Skandinavien allein 1,2 Millionen RM), zu 948.000 RM aus der Schweiz und zu 429.000 RM aus Südosteuropa (in der Hauptsache Oesterreich und Ungarn). Aus den übrigen europäischen Gebieten und aus Übersee erhielt Deutschland so gut wie keinen Zement. Einen besonderen Rückschlag gegenüber 1930 erlitt der westeuropäische Import, der um nahezu zur Hälfte reduziert wurde. Besonders ist die Einfuhr aus Frankreich zurückgegangen. Keiner der Lieferanten hat eine Vergrößerung der deutschen Einfuhr gegenüber 1930 aufzuweisen, mit Ausnahme von Schweden, dessen Einfuhr aber ganz belanglos ist.

(Schluß folgt.)

UNTERHALTUNG WISSEN

Die Kluft / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Allrecht van Babber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(20. Fortsetzung)

Als der Wagen vor dem Gewerkschaftsgebäude in Kelsall, dieser großen Stadt der Technik, hielt, eilte Harry Browne zu ihrem Empfang die Treppe hinunter. „Zuerst möchte ich Sie mit unserem Sekretär bekannt machen“, rief er verschmitzt. Browne war ein kleiner, blasser junger Mann, an den unter gewöhnlichen Umständen niemand einen zweiten Blick verschwendet hätte. Aber in diesen wenigen Tagen der Macht hatte er ganz unbewußt dieses autoritative Wesen angenommen, das man irrlicherweise für das Resultat des sorgfältigen Trainings einer herrschenden Klasse hält.

Der Kontrast zwischen ihm und dem nominalen Leiter des Distrikts, einem langjährigen Gewerkschaftssekretär, war ergötzlich. Joan sah einen kahlföpfigen Dickwanst, der gerade die Gewerkschaftsstatuten vor sich liegen hatte und etliche ihrer Zeilen schön säuberlich mit roter Tinte unterstrich. Ihm schien das exakte Ziehen roter Linien wichtiger zu sein als die Versammlung von achttausend Technikern, die zu einem Abwarten überredet werden sollten, gegen das sich alles in ihnen sträubte, denn nach einer mürrischen Begrüßung verhärtete der Dicke darauf, diese Linienierung zu beenden, bevor man über die Lage diskutierte.

„Die ganze Bewegung ist ein Fehlgriff, wird nie etwas Gutes zuwege bringen“, nörkelte er. „Browne hier gibt Befehle an Mr. Fostford, unseren reinsten Fabrikanten. Das ist gegen die Natur, sage ich Ihnen; und die Natur läßt sich nicht ändern. Und Sie, Miß Craig, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es mir sehr mißfällt, wenn Fräuleins mit jungen Männern durchs Land kutschieren und alle Männer, die ihr Vater sein könnten, zum Vorgehen gegen die Obrigkeit aufwiegeln. Das ist gegen die Natur, sage ich nochmals.“

Was sollte man mit einem solchen Querkopf anfangen? Sie überließen ihn seinem roten Tintenfaß und bogaben sich mit Browne zum Stadtschreiber, dem Typ des altmodischen Juristen, der nun wohl oder übel die Anordnungen des Arbeiterrats befolgen mußte. Hier vergewaltigte sich Joan, wie wirksam das Stilllegen der Presse war.

„Keine Zeitungen, Miß Craig!“ wehklagte der Alte. „Ohne die Times an jedem Morgen weiß man ja nicht, was man überhaupt denken soll.“ Worauf die teuflische Joan ganz bescheiden bemerkte: „Wollen Sie nicht versuchen nur, dieses eine Mal ohne Anleitung zu denken?“

In der Versammlung schwirrten Joan die wildsten Gerüchte entgegen. Die einen erzählten, daß am nächsten Tage der Sieg proklamiert würde; andere, daß man die Bergleute im Stich lassen wollte; wieder andere berichteten, Churchill hätte mit Tankbatterien das Arbeiterviertel Londons völlig zerstört. Joans Ankündigung, daß die Techniker am Mittwochmorgen die Arbeit niederlegen sollten, wurde mit Jubel begrüßt. Endlich etwas Definitives! Endlich machte das Hauptquartier Ernst!

Als Joan in Begleitung Brownes und Gerald Blains die Versammlung verließ, drängte sich ein Greis an ihre Seite.

„Kann ich Sie einen Augenblick privat sprechen, Miß?“

„Aber gern“, erwiderte das junge Mädchen und trat ein paar Schritte von den übrigen fort.

„Sie müssen nicht denken, daß ich meine eigenen Angelegenheiten in erste Reihe stelle“, druckte er. „Aber... aber sagen Sie mir bitte, ob es wirklich nötig ist, daß die Techniker streiken.“

„Ich bin überzeugt, daß es nötig ist. Möchten Sie sich anschließen?“

„Das nicht. Ich tue gern meine Pflicht, um den Bergleuten zu helfen. Nur... Ja, sehen Sie, es handelt sich um das Folgende: ich habe bei derselben Firma fünfzig Jahre gearbeitet, und vom Dezember ab würde ich ein Pfund wöchentlich Pension erhalten. Wenn ich nun streike, verliere ich diese Pension — man hat mir schon mitgeteilt, daß man mir dann nichts zahlen wird.“

Joans Augen füllten sich mit Tränen. „Dann arbeiten Sie vielleicht besser weiter. Ein einzelner Mann fällt ja nicht so schwer ins Gewicht.“

„Nein, Miß, ich halte zu meinen Genossen. — Streikbrecher werde ich nicht, egal, wie es kommen mag. Besten Dank, Miß, für die Auskunft und auch für Ihre schöne Ansprache vorhin. Sie hat uns allen gutgetan.“

Er zog seine Mütze und ging langsam fort. Joan mit schwerem Herzen zurücklassend. War es nötig? Hunderte würde das gleiche Schicksal treffen wie diesen alten Mann?

Der nächste Tag verging in fiebriger Arbeit, die sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte, so daß am Mittwoch Harry Brownes Mutter, bei der Joan wohnte, es für richtig hielt, ihren jungen Gast, der so gar nichts von Schonung wollte, nicht zur gewohnten Stunde zu wecken. Infolgedessen war der Morgen erborn ziemlich weit vorge-schritten, als Joan von Gewerkschaften ge-pöbelte, die Stufen zum Gewerkschaftsgebäude hinaufstapfte. Erregte Menschen füllten den Vorraum.

„Einkauf!“ rief man ihr zu. „Der Generalsekretär verhandelt in Downing Street.“ „Glaubt man nicht alles, was dieser Flunkerapparat verbreitet?“ warnte sie lächlich.

Als sie die Hand auf die Klinke von Brownes Zimmer legte, hörte sie drinnen eine tiefe Männerstimme, und alles Blut strömte ihr zum Herzen. Sie zusammenrotzend, trat sie über die Schwelle.

„Anthony!“

„Joan!“

„Was tun Sie hier?“

„Auf der Rückfahrt vom Norden vernahm ich in Birmingham von einem Motorradfahrer, daß Sie in Kelsall seien, und kam flugs hierher, um Ihnen die Neuigkeit mitzuteilen.“

„Welche? Ist etwas Wahres an der Konferenz in Downing Street?“

„Ich glaube, Joan, wir haben gewonnen!“

„Woher wissen Sie das?“

„Ich telefonierte mit einem Friend in London. Er versicherte mir, daß der Streik heute zu Ende ginge.“

Joan schlug die Hände zusammen. „Herrgott, wäre das herrlich!“

„So?“ Klang es wütend vom Fenster her, wo Blain während dieses Zwiesgesprächs angelogentlich auf die Straße gestarrt hatte. „Hat die Regierung unsere Bedingungen angenommen? Ich glaube viel eher, die Bergleute sind im Stich gelassen worden!“

Doch niemand ließ diesem Pessimismus sein Ohr. Man schwänzelte um Dacre herum, als sei er für den Sieg verantwortlich.

Als später an diesem verhängnisvollen Mittwoch sich die Kunde vom dem Ende des Streiks bestätigte, geriet Kelsall außer sich. Dacre mußte auf dem Marktplatz eine Siegesrede halten, und in diesem allgemeinen Rausch verwehten die Stimmen etlicher Mißtrauischer,

die in der drahtlosen Nachricht nur ein Schwindelmanöver witterten, um sie an die Arbeit zurückzubringen. Auch Blain saß stumm und mürrisch an seinem Steuerrad. Er fuhr mit Joan und Dacre durch die jubelnde Menge nach einem Café, wohin auch Browne später nachkommen wollte.

„Nun geht es doch geschwind nach London zurück?“ erkundigte sich Anthony, als sie Platz genommen hatten.

„Ich rühre mich nicht von Kelsall fort, bis ich ganz genau weiß, was sich wirklich ereignet“, versetzte Blain ernst.

Joan wurde unruhig. „Glauben Sie denn nicht, daß wir gewonnen haben, Gerry?“

„Nein, ich glaube es nun und immer. Nichts deutete am Montagmittag in London einen derartigen Ausgang an, und ich lasse Harry Browne und seine Jungen hier nicht allein in der Patsche stecken, falls es, wie ich befürchte, schief ausgefallen sein sollte. Ihnen steht für die Rückkehr nach London jetzt ja auch Anthonys Wagen zur Verfügung, Joan.“

„Dann bleibe ich selbstverständlich auch.“

Dacres Ungeduld stieg. Er hatte sich nie der Arbeiterbewegung so mit Haut und Haaren verschrieben wie Joan und Blain, sondern nur gelegentlich dem ihr sehr sympathischen Generalsekretär Weston das Anerbieten gemacht, durch ein paar Artikel für die Arbeitersache eine Lanze zu brechen. So war er am ersten Kongrestage ins Pressezimmer gelangt, wo ihm das Schicksal Joan in den Weg führte. Ihr zülicke hatte er sich in den Strudel des Streiks gestürzt und hart gearbeitet. Doch jetzt rückten seine eigenen Angelegenheiten

wieder in den Vordergrund, jetzt brauchte er Joan. Mit Sehnsucht dachte er an stille, friedliche Abende an Mary Mauds Kaminfeuer. „Es gibt hier doch, weiß Gott, nichts mehr für Sie zu tun, Joan“, drängte er. „Wenn Gerry durchaus bleiben will, so sind Sie doch nicht an ihn gebunden.“ (Fortsetzung folgt.)

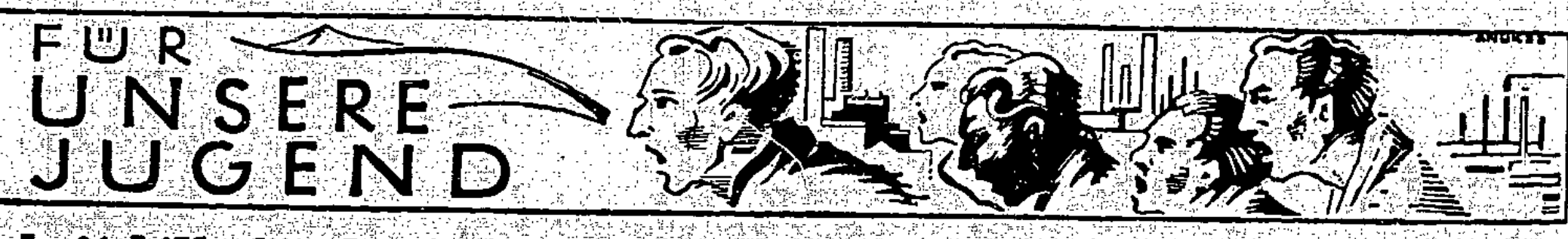
Der Schrei der Millionen

Millionenstimmig tönt ein Schrei Aus leidgeprübten müden Kehlen, Schafft Arbeit und schafft Brot herbei, Laßt uns nicht hoffnungslos zerschellen. Sind wir für immer denn verdammt, Im Schatten statt im Licht zu wohnen? Das Arbeits- und das Wohlfahrtsamt Wird uns zu Kreuzwegstationen.

Millionenstimmig tönt ein Schrei Als wie der Sturmsang von Sirenen, Schafft Arbeit und schafft Brot herbei Für die, die nur Entbehrung kennen. Ein Dampfdruck liegt bang und schwer Wie Zentnerlast auf Leib und Seele. Wir ziehn wie ein geschlagenes Heer Zermüht den Weg zur Stempelstelle.

Millionenstimmig tönt ein Schrei Und rüttelt an das Weltgöwissen, Schafft Arbeit und schafft Brot herbei, Erschreckt nicht vor den Hindernissen. Der Erde reicher Ueberfluß Genügt, um jeden Brot zu geben, Drum macht mit diesem Wahsinn Schluß, Auch Arbeitslose wollen leben.

Hans Weig.



Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend

II. In der Bundesausschusssitzung vom 7. Juni wurde auch noch die Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend behandelt. Spliedt berichtete über die vom Bundesvorstand ausgearbeiteten Richtlinien dazu. Diese Richtlinien, die zugleich den Funktionären der Gewerkschaften Anhaltspunkte für ihre Stellungnahme zum freiwilligen Arbeitsdienst geben sollen, behandeln im einzelnen die Frage der Arbeitsschulung, der Arbeitsgestaltung, der Arbeitsgebiete und der kollektiven Selbsthilfe. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften an ihrer ablehnenden Haltung zur Arbeitsdienstpflicht, wie sie von anderer Seite propagiert wird, festhalten. Ihre allgemeine Stellungnahme zum freiwilligen Arbeitsdienst ist auf dem Krisenkongreß der Gewerkschaften wie in den Reichstagsverhandlungen Anfang Mai von Eggert und Grafmann präzisiert worden. Im Rahmen dieser grundsätzlichen Anschauung halten sich auch die neuen Richtlinien. Sie bringen darüber hinaus noch konkrete Vorschläge, die eine Stellungnahme im Einzelfall ermöglichen. Bei der Arbeitsschulung handelt es sich um besondere Maßnahmen, insbesondere für zwei Gruppen von Jugendlichen, die Schulentlassenen, die keine Lehr- oder Arbeitsstätte finden können, und die beschäftigungslosen Lehrlinge und die arbeitslosen angehenden Jugendlichen. Für die erste Gruppe wird ein weiteres freiwilliges Schuljahr angestrebt, das als soziale Fürsorgemaßnahme aufzufassen ist und deswegen nicht mit schulorganisatorischen Fragen in Verbindung gebracht werden soll. Die Wahl zwischen mehreren Weiterbildungsmöglichkeiten, bei denen gleichermaßen Einrichtungen der Volks- wie der Berufsschule ins Auge zu fassen sind, muß den Eltern vorbehalten bleiben. Für die beschäftigungslosen Lehrlinge wird an die Errichtung von Sammelwerkstätten gedacht, wobei in erster Linie die Werkstätten der Berufsschulen zur Verfügung zu stellen sind. Erforderlichenfalls sind auch leerstehende Fabriken, Betriebe, Werkstätten, Hauptplätze usw. zu benutzen. Für die arbeitslosen angehenden Jugendlichen soll ein zusätzlicher Berufsschulunterricht über die durch Gesetz festgelegte Wochenstunden hinaus im Rahmen der Selbstverständnisse im Rahmen der beruflichen Weiterbildung auch für die Allgemeinbildung und die sportliche Betätigung Sorge getragen werden.

besondere kommen Betriebe in Betracht, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Bekleidung, Schuhwerk, Hausrat hergestellt werden. Ebenso muß an die Durchführung wohlfeiler Speisung in diesem Zusammenhang gedacht werden. Sie kann sich auch erstrecken auf die Errichtung der Arbeitslager, die Erzeugung gewisser Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf der Arbeitsgruppen und auf sonstige Arbeiten der Selbstversorgung.

Wenn der Bundesvorstand sich dazu entschlossen hat, für die Funktionäre durch diese Richtlinien Anhaltspunkte für die praktische Entscheidung zu schaffen, so hat er es gerade aus seiner kritischen Einstellung zum freiwilligen Arbeitsdienst, wie er bisher aufgezogen wird, tun müssen. Es ist notwendig, im Interesse der für vorläufig unabsehbare Zeit arbeitslosen Jugend ein praktisches Programm zu schaffen, um so mehr als die arbeitslose Jugend in die Arbeit hineindrängt. Dabei ist im Auge zu behalten, daß der freiwillige Arbeitsdienst in seinen Wirkungen nicht begrenzt wird durch das fehlende Angebot von Arbeitskräften, sondern durch seine wirtschaftliche Kostspieligkeit und die Beschränktheit der Mittel und den Mangel an wirklich wirtschaftlichen Arbeitsobjekten. Daher war der Bundesvorstand bestrebt, die sozialpädagogischen Gesichtspunkte als die entscheidenden in den Vordergrund zu stellen.

In der eingehenden Debatte, die dem Referat von Spliedt folgte, wurden sowohl von den Verbandsvertretern als auch von den Bezirkssekretären die Gründe und Gegenstände zum freiwilligen Arbeitsdienst lebhaft erörtert. Allgemein wurde hervorgehoben, daß der wirtschaftliche Nutzen der im freiwilligen Arbeitsdienst geleisteten Arbeit sehr gering ist. Es muß daher bei der Auswahl der Arbeitsobjekte gerade in dieser Zeit, die keine Vergütung von wirtschaftlichen Werten gestattet, besondere Sorgfalt verwendet werden. Diese kritischen Einwände ändern aber nichts an der Tatsache, und das kam auch in der Debatte stark zum Ausdruck, daß die Arbeitshilfe für die erwerbslosen Jugendlichen eines der drängendsten Probleme der Zeit ist. Die Gewerkschaften können sich daher der Verpflichtung nicht entziehen, zu dieser Frage eine eindeutige Stellung einzunehmen, um so

mehr als vielfach Mittel für jugendpflegerische Aufgaben nur im Zusammenhang mit dem freiwilligen Arbeitsdienst noch beschafft werden können. Der freiwillige Arbeitsdienst wird auf diese Weise gleichsam zu der heute üblichen Form jugendpflegerischer Maßnahmen.

Gegenüber jeder pessimistischen Einschätzung der heute bestehenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften erklärte Leppart, daß die Gewerkschaften tatsächlich noch unzählige Gelegenheiten haben, ihren Einfluß auf eine sinnvolle Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Geiste der vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien geltend zu machen. Dabei handelt es sich selbstverständlich in keiner Weise um eine grundsätzliche Festlegung der Gewerkschaften für alle Zeit. Der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes hat in einer Notzeit praktische Gestalt gewonnen. Seine praktische Bedeutung wird mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage geringer werden. Da aber jetzt von allen Seiten Vorschläge für die Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes gemacht werden, sind die Gewerkschaften doppelt verpflichtet, Stellung zu nehmen und sich ihren praktischen Einfluß zu sichern.

Im weiteren Verlauf der Aussprache kam dann auch zum Ausdruck, daß man trotz aller Gefahren und Auswüchse den Tatsachen Rechnung tragen müsse. Die Ablehnung von Seiten der Gewerkschaften würde nur dazu führen, daß andere Organisationen sich der Sache bemächtigen. Da man vor der Tatsache steht, daß die zwei Millionen Jugendlichen auf absehbare Zeit nicht in den normalen Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, so muß man auf andere Weise durch eine konstruktive Idee Abhilfe schaffen. Man muß gewissermaßen den Versuch machen, neben der freien Wirtschaft eine andere aufzubauen, die von anderen Grundsätzen bestimmt wird, eine zusätzliche Wirtschaftsorganisation für zusätzliche Versorgung.

Nach einem Schlußwort von Spliedt, in dem er noch einmal die Hauptgesichtspunkte der vorgelegten Richtlinien erörterte und darauf hinwies, daß die Gewerkschaften ohne eine positive Stellungnahme nicht mehr auskommen könnten, wurde über die Richtlinien in ihren einzelnen Teilen und im ganzen abgestimmt. Der Bundesausschuß nahm sie einstimmig an.

Freigewerkschaftliche Jugendtreffen in Neudorf-Platendorf

Zum 12. Juni war von der Zahlstelle Celle des FAV aufgerufen zum freigewerkschaftlichen Jugendtreffen in Neudorf-Platendorf und so trafen morgens 9 Uhr die Celler FGV in Platendorf ein, empfangen von der FGV-Neudorf-Platendorf und der SAJ aus Gifhorn. Schnell hatte man sich begrüßt und nun ging es im Wanderschritt Neudorf-Platendorf zu. Nach ¼ Stunden war man am Ziel im Markrug. Kollege Schmidt hieß alle willkommen und wies auf die Bedeutung der freien Jugendbewegung hin. Gerade jetzt wo von allen Seiten auf die Arbeiterbewegung eingestürmt würde, sei es vonnöten, die Arbeiterjugend in eigenen Jugendgruppen für unsere Ziele heranzubilden zu guten Gewerkschaftlern und Kämpfern für den Sozialismus.

heiß und mancher Schweißtropfen rann; doch waren alle sehr zufrieden. Hatten einzelne schon niedrige Moore gesehen, so waren sie doch verwundert, hier solch hohes Moor vor sich zu haben. Um 2 Uhr ging es zum Mittagessen. Die Bohnensuppe mundete vorzüglich. Am Nachmittag wurden dann auf dem Sportplatz Handballspiele ausgetragen. Erst spielte NP.—ZdA. Celle II, hernach Gifhorn SAJ.—ZdA. Celle I. Anschließend tummelte man sich noch bei lustigen Spielen auf grünem Rasen. Die älteren Gewerkschaftler waren zahlreich erschienen und fanden manch lobende Anerkennung. Hoffentlich haben es sich auch jetzt alle überlegt und gefunden, daß der Platz ihres Kindes nur in der FGV ist. Doch altzutrüb siltten die Stunden, und um 8 Uhr wurde der Heimweg unter Freireisrufen und „Auf Wiedersehen“ in Bielefeld angetreten. Doch die schwarz-rot-goldenen und roten Fahnen riefen ihnen auf dem Heimwege auch noch ein Lebewohl zu. Campa

Was die Arbeitsgestaltung angeht, so muß bei der Organisation und Durchführung der Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend die Beteiligung der Gewerkschaften sowohl an der Organisation als auch an der lokalen Verwaltung sichergestellt werden. Daß die Beschäftigung vorwiegend von erzieherischen und fürsorglichen Zielen geleitet sein muß, bedarf keiner Begründung. Dementsprechend müssen Arbeitszeit und Arbeitseinteilung geregelt werden. Die Arbeiten, die im Rahmen der Arbeitshilfe zu leisten sind, müssen gemeinnützig und zusätzlich sein. Darauf muß in jedem einzelnen Falle geachtet werden. Die kollektive Selbsthilfe, deren Gedanke an Anregungen von Prof. Lederer beruht, hat den Zweck, jugendlichen Erwerbslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten Arbeit zu verschaffen und mit den Erzeugnissen dieser Arbeit Arbeitslose zu versorgen. Ins-